

Ersatz für Moria

## EU und Griechenland wollen neues Flüchtlingszentrum auf Lesbos errichten

Wohnen in Containern, Platz zur Erholung – aber auch ein »Haftbereich« für Rückführungen: Auf Lesbos soll ein neues Lager für Flüchtlinge entstehen. Fast hundert von ihnen sind indes in Deutschland angekommen.

03.12.2020, 13.40 Uhr



Flüchtlingslager Kara Tepe im Osten der Insel Lesbos

Foto: ELIAS MARCOU / REUTERS

Nach dem Großbrand im umstrittenen Lager Moria leben viele Geflüchtete auf der griechischen Ägäisinsel Lesbos zwar in einem kurzfristig hochgezogenen Ersatzlager, doch die Bedingungen sind noch immer schlecht.

Nun wollen Griechenland und die EU bis September nächsten Jahres auf Lesbos ein neues Flüchtlingszentrum bauen. EU-Kommission, EU-Agenturen und Griechenland unterschrieben dazu eine Absichtserklärung.

»Wir werden anständige Bedingungen für ankommende Migranten und Flüchtlinge schaffen, aber auch die Gemeinden auf den griechischen Inseln unterstützen«, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Im September war das dramatisch überfüllte Lager Moria bei einem Großbrand fast völlig zerstört worden. Tausende Asylsuchende lebten zeitweise auf der Straße, ehe die meisten in dem kurzfristig errichteten Übergangslager Kara Tepe unterkamen. Nach Angaben der EU-Kommission leben dort derzeit 7200 Menschen. Hilfsorganisationen bemängeln, Kara Tepe sei noch schlimmer als Moria.

Das Zentrum soll laut einer Mitteilung der EU-Kommission zügige, faire und effektive Asylverfahren gewährleisten. Es werde Wohnbereiche mit Containern geben, einen Bereich für Neuankömmlinge, Medizincontainer sowie Erholungsbereiche etwa für Sport oder zum Spielen. In Fertighäusern soll es Bildungsangebote geben. Für Menschen mit Behinderung sind spezielle Räume vorgesehen. Zudem ist ein Haftbereich geplant, um »effektive Rückführung zu unterstützen«.

## 99 Menschen aus Griechenland in Hannover gelandet

In Deutschland sind derweil weitere Flüchtlinge von den griechischen Inseln angekommen. Insgesamt 99 Menschen landeten am Donnerstag mit einem Flugzeug in Hannover. Laut dem Bundesinnenministerium handelt es sich um 21 Familien und 13 unbegleitete Minderjährige. Die Familien bestehen aus 36 Erwachsenen und 50 Minderjährigen, von denen 24 krank sind.

Die Koalition hatte nach dem verheerenden Brand in Moria im März vereinbart, im Rahmen eines europäischen Aufnahmeprogramms mehreren Hundert Migranten aus Lagern auf den griechischen Inseln die Einreise zu erlauben.

Seit April sind im Rahmen dieser Vereinbarung nach Ministeriumsangaben 1291 Menschen nach Deutschland gekommen. Die Ankömmlinge werden auf mehrere Bundesländer verteilt. Laut einer Antwort des Innenministeriums auf eine schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) kamen vom 18. April bis 11. November in vier Bundesländern mehr als hundert Personen unter: in Nordrhein-Westfalen (285), Berlin (178), Niedersachsen (116) und Thüringen (105). Am wenigsten waren es in Bremen (15), Sachsen-Anhalt (11), Mecklenburg-Vorpommern (8) und dem Saarland (1).

Insgesamt hat die Bundesregierung zugesagt, etwa 2750 Menschen von den griechischen Inseln aufzunehmen: 203 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, 243 kranke Kinder samt Kernfamilie und 1553 in Griechenland als schutzbedürftig anerkannte Personen. Jelpke warnt, auf den griechischen Inseln werde sich die Situation im Winter noch zuspitzen. »Die Menschen müssen aus diesem Horror evakuiert und in andere europäische Staaten gebracht werden.« Der Bundesregierung wirft die Abgeordnete vor, die Menschen nicht zügig nach Deutschland zu bringen. »Durch ein besonders schäbiges Verhalten fällt wieder einmal Bundesinnenminister Seehofer auf, der die Aufnahmen durch die Länder verhindert und damit humanitäres Verhalten blockiert